

Wendehälse und Blockflöten

Rechtsausschuss: „Aus für AfD-Mann Brandner“, FR-Politik vom 14. November

Mich beunruhigt, mit welchen Methoden die Mehrheit unserer Politiker mit dem Phänomen AfD umgeht. Leider scheint unsere Pressewelt auch sehr nachlässig, wenn es darum geht, einmal das Profil der AfD und ihrer Protagonisten zu erforschen. Die Art und Weise, wie die „alten“ Politiker sich dieses Themas annehmen, wird meines Erachtens ohne Wirkung bleiben, denn es gilt folgende Tatsachen zu registrieren:

Ein wesentlicher Teil des Führungspersonals der AfD gehört zur ersten gepamperten Generation der alten Bundesrepublik, ist zwischen 1968 und 1980 geboren, hat Abitur an einem westdeutschen Gymnasium gemacht, gefolgt von einer akademischen Ausbildung, war in Industrie und Finanzwirtschaft erfolgreich tätig oder gründete selbst Unternehmen oder Lobbygruppen, war vorher in JU, CDU, CSU oder FDP aktiv oder entstammt dem gehobenen Beamtenstand.

Zwei Beispiele: Björn Höcke, 1972 in Lünen geboren, Gymnasium, Abitur, Studium mit Abschluss, JU, CDU. Stephan Brandner, 1966 in Herten geboren, Gymnasium, Abitur, Industriekaufmann, Jurastudium mit Abschluss, JU, CDU, CSU

Aus den neuen Bundesländern kommen auch Handwerker in Führungspositionen. Der extremste Fall für mich ist der parlamentarische Geschäftsführer

aus Mecklenburg-Vorpommern, Enrico Komning, der eine Karriere bei der Eliteeinheit des MfS „Feliks Dzierzynski“ aufweist, ehe er Jurist geworden ist!

Insbesondere für CDU und CSU gibt es viel Vergangenheitsbewältigung zu tun! Ich denke, SPD und LINKE sollten endlich eine Entschuldigung für die „Rote-Socken-Kampagne“ verlangen, stattdessen sollten CDU/CSU und FDP in ihren Reihen offenbaren, wer als Wendehals und Blockflöte bislang ungeschoren blieb. Viele Politiker aus der zweiten Reihe vom Westen bestimmen noch heute insbesondere in Sachsen die Politik, sie entstammen mehrheitlich der CDU/CSU. Bei leitenden Richtern ist die Wessi-Quote 100 Prozent! Und das nach 30 Jahren!

Es sollte endlich bearbeitet werden, was eine ganze Generation konservativer Menschen aus dem Westen dazu bewegt, sich rechtsextrem auszurichten. Es wird immer berichtet, die CDU sei „sozialdemokratisiert“ worden, warum widerspricht niemand diesem Unsinn!

Markant ist für mich, dass es wohl in den Jahren der Ausbildung gerade im akademischen Bereich Zentren des extremen Konservatismus gegeben hat und wahrscheinlich noch gibt! Das gilt es zu untersuchen, diese Zentren sind auch heute noch aktiv.

Carsten Dietrich Brink, Gauting

Weil sie es können

Zu: „Pensionen lassen Renten hinter sich“, FR-Wirtschaft vom 16.11.

Die Entwicklung der Renten bzw. der Pensionen ist ein weiterer Hinweis darauf, dass Politik und Beamtentum sich in erster Linie mal selbst versorgen. Stellt man sich die Frage, warum das so ist, dann ist die Antwort relativ einfach: Weil sie es können. Das geht nach meinem Empfinden nicht mehr lange gut. Ich befürchte, in absehbarer Zukunft wird es in Deutschland knallen – und dann uns allen gute Nacht. Die AfD steht schon mit den Hufen scharrend vor der Tür!

Gert Gätke, Weilrod

Menschenwürde hängt nicht von Lebensleistung ab

Nun haben sich die Regierungsparteien auf eine Grundrente geeinigt. Sie soll an eine „Lebensleistung“ von 35 Jahren Erwerbstätigkeit gekoppelt sein. Nur: Menschenwürde hängt nicht von einer Lebensleistung ab. Es muss für alle Rentner eine Regelung gegen Altersarmut gefunden werden. Und wenn man etwas für erforderlich hält, setzt man es nicht erst 2021 in Kraft. Gerade jetzt, wo die Konjunktur schwächelt und Arbeitsplätze in Gefahr sind, wäre eine Stärkung der Binnennachfrage hilfreich. Sehen das die Schwarze-Null-Fanatiker nicht? Werner Leucht, Neckarsulm

Diskussion: frblog.de/grundrente-2

Auf die lange Bank geschoben

Lieferkettengesetz: „Sorgfältig verwässert“, FR-Wirtschaft vom 13. November

Auf Basis von Freiwilligkeit läuft in der Wirtschaft gar nichts, und die Einführung von Regeln wird boykottiert, wo es nur geht. Und bei unseren Politikern geht das immer. Aktuelles Beispiel ist der Sturm auf der Wirtschaftsverbände mit ihren Lobbyisten gegen das Lieferkettengesetz.

Die treibende Kraft sind die großen Konzerne, die hauptsächlich in Billiglohnländern produzieren lassen und Rohstoffe einkaufen, die unter menschenverachtenden Bedingungen gewonnen werden. Die Vereinten Nationen wollen ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen (Binding Treaty) ins Leben rufen, das die Einhaltung der Menschenrechte entlang der Lieferkette regelt. Bei Verstößen (siehe Textilfabrik in Bangladesch mit weit über 1000 Toten) sollen die Auftraggeber mit zur Verantwortung gezogen werden. Bei den Verhandlungen hierzu, die Mitte Oktober in Genf stattfanden, hat sich die Bundesregierung vornehm zurückgehalten, das heißt nicht teilgenommen.

Nun wird auch das laut Koalitionsvertrag noch in dieser Legislaturperiode zu verabschiedende Lieferkettengesetz auf die lange Bank geschoben. Unsere Regierung, allen voran Herr Altmaier, nimmt Verstöße gegen die Menschenrechte gerne in Kauf, wenn es nur der Wirtschaft dient. Weltweit werben mehr als 700 zivilgesellschaftliche Orga-

nisationen mit garantiert mehr Mitgliedern, als die Wirtschaftsverbände haben, für ein entsprechendes Abkommen. Aber was sind schon Millionen Mitglieder gegen Milliarden Euro? Die Unternehmen wollen nun einmal keine Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen übernehmen, das könnte ja Auswirkungen auf den Profit haben. Herr Altmaier will wohl warten, bis ein entsprechendes Investitionsschutzabkommen existiert. Dann könnten die Unternehmen bei Einführung eines solchen Gesetzes die Bundesrepublik auf Schadensersatz wegen entgangenem Gewinn verklagen.

Herr Altmaier muss sich fragen lassen, was er mit seiner Wirtschaftspolitik überhaupt noch auf die Reihe bekommt. Die Windkraft wird abgewürgt, alleine Enercon entlässt 3000 Mitarbeiter. Adidas entwickelt mit staatlichen Subventionen einen 3-D-Drucker (Speedfactories) und verlagert dann die Produktion nach China und Vietnam. Beim jetzt vorgelegten Gesetz zum Kohleausstieg sollen Kohlekraftwerke, für die eine Baugenehmigung vorliegt, doch noch gebaut werden dürfen. Wann wechselt Herr Altmaier endlich, wie der ehemalige Staatssekretär Steffen Kampeter, zu einem Wirtschaftsverband? Dann wüssten wir wenigstens auch offiziell auf welcher Seite er steht.

Dieter Murmann, Dietzenbach

HP_0LES02FRDA - B_180334

